
BERLIN WIRD GRÜNER UND BUNTER

Ein Jahr Grüne in der Regierung

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN



Liebe Berlinerinnen und Berliner, liebe Freundinnen und Freunde,

Ende 2016 hat für uns Grüne eine der spannendsten Zeiten seit dem Einzug der Alternativen Liste (AL) in das Berliner Abgeordnetenhaus begonnen. Nach Jahren in der Opposition sind wir jetzt die Neuen in der Regierung. Diese Verantwortung ist für uns ein hohes Gut und weiter der Ansporn, mit frischem Wind neue und manchmal auch unbequeme Wege zu gehen.

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern, den grünen Senatsverwaltungen und vielen engagierten Berlinerinnen und Berlinern wollen wir in vielen Bereichen vorangehen, damit unsere Stadt nicht nur besser funktioniert, sondern auch ökologischer, gerechter und weltoffener wird.

Four more years: Nach einem Jahr Regierungsbeteiligung ziehen wir an dieser Stelle Bilanz. Viele grüne Herzensangelegenheiten konnten wir bereits auf den Weg bringen. Trotzdem bleibt viel zu tun, damit Berlin noch viel grüner und bunter wird.

Herzliche Grüße



Antje Kapek
Fraktionsvorsitzende



Silke Gebel
Fraktionsvorsitzende

Natürlich können wir hier nur einen Ausschnitt unserer zahlreichen Projekte vorstellen. Unsere ausführliche Bilanz finden Sie auf unserer Website unter:
www.gruene-fraktion-berlin.de/1-jahr-gruene-in-der-regierung

Umwelt- und Klimapolitik: für eine lebenswerte Stadt

Es gibt keinen Plan(eten) B. Es gibt keine Alternative dazu, den Klimawandel zu stoppen. Wenn nicht Rot-Rot-Grün Berlin zu einer klimaneutralen Stadt macht, wer dann? Wir haben sogar den Anspruch, dass die deutsche Hauptstadt international zur Speerspitze beim Klimaschutz wird.

Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030

Anders als die Vorgängerregierung haben wir uns den Abschlussbericht der parteiübergreifenden Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ zu Herzen genommen. Mit einem verbindlichen Fahrplan und großen Investitionsprogramm werden wir Berlin bis 2030 in die Klimaneutralität führen. Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 tragen wir mit über 100 konkreten Maßnahmen für Verkehr, Konsum, Energie, Wirtschaft und Privathaushalte zur Klimawende und zur Klimaanpassung bei.

Berliner Stadtwerke

Mit dem Gesetz zur Änderung des Berliner Betriebe-Gesetzes (BerLBG) machen wir die Berliner Stadtwerke zum Motor einer

sozialverträglichen Energiewende. Künftig können alle Berlinerinnen und Berliner regional erzeugte Elektrizität, Gas und Wärme auf Basis erneuerbarer Energien beziehen – das ist verbraucherfreundlicher, effizienter, sozialer und klimaverträglicher. Zudem bleibt die Wertschöpfung in der Region.

Kohleausstieg bis spätestens 2030

Ein weiterer Baustein unserer Energie- und Klimapolitik ist das Berliner Energiewendegesetz. Als erstes Bundesland der Republik hat Berlin den Kohleausstieg bis spätestens 2030 damit rechtsverbindlich in ein Gesetz geschrieben. Spätestens in 13 Jahren – wenn nicht deutlich früher – wird das letzte Kohlekraftwerk in der Hauptstadt vom Netz gehen. Den Anfang machte die Abschaltung des Braunkohlewerks Klingenberg Ende Mai 2017.

Tourismuskonzept für stadtverträglichen und nachhaltigen Tourismus

Mit einem neuen Berliner Tourismuskonzept wollen wir den Berlin-Tourismus an den Kriterien „Stadtverträglichkeit“ und „Nachhaltigkeit“ ausrichten. Das bedeutet für uns: „Klasse statt Masse“, aber auch mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Bezirke und eine bessere Verteilung der Besucherströme innerhalb der Stadt. Damit machen wir die Tourismus-Wirtschaft nachhaltiger, wirken negativen Begleiterscheinungen (Lärm, Müll, Verdrängung) effektiv entgegen und erhöhen die Akzeptanz des Tourismus insgesamt.

Moderne Mobilität: sicher und sauber von A nach B

Wir wollen, dass alle in Berlin schnell und sicher von A nach B kommen. Das schaffen wir in der wachsenden Stadt nur, wenn mehr Personen auf Alternativen zum Auto umsteigen und wir die Verkehrssicherheit insgesamt steigern. Der öffentliche Personennahverkehr ist und bleibt neben dem Fahrrad die klimafreundlichste und platzsparendste Art, sich über größere Entfernungen in Berlin fortzubewegen.

Mobilität zusammen denken

Das erste Berliner Mobilitätsgesetz steht kurz vor der Verabschiedung. Erstmals schaffen wir ein Gesetz, das alle Verkehrsmittel zusammen und nicht in Konkurrenz zueinander denkt. Neben dem Allgemeinteil mit grundsätzlichen Regelungen und einem novellierten ÖPNV-Gesetz enthält das Mobilitätsgesetz das in Deutschland bisher einmalige Radgesetz, das wir in einem intensiven Dialog mit dem Volksentscheid Fahrrad, Mobilitätsinitiativen und Verbänden erarbeitet haben. Auf diese Weise schaffen wir eine gesetzliche Grundlage für den umfangreichen Ausbau der Berliner Radinfrastruktur. Ein exzellent ausgebautes Radverkehrsnetz soll dafür sorgen, dass die Berliner*innen auf dem Rad sicher, schnell und komfortabel unterwegs sind. Dazu werden Radstreifen und Radwege an allen Hauptstraßen mit Fahrrad- und Nebenstraßen

sowie 100 Kilometern Radschnellwegen verbunden. Die Radwege an Hauptstraßen sollen vor dem Autoverkehr geschützt werden: der Bau der ersten Strecke beginnt im Frühjahr 2018. Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs an allen Wegen bis 2025 auf 30 Prozent zu erhöhen und ihm den Raum zu geben, den es für sicheres und bequemes Radfahren braucht.

Gerechte Mobilität für alle

Zum 1. Juli 2017 haben wir den Preis für das Sozialticket auf 27,50 Euro gesenkt. Nun erweitern wir die Gruppe derer, die es nutzen können, auf alle, die Wohngeld oder DDR-Opferrente beziehen. Das Jobticket wird günstiger und der Kreis der Berechtigten größer. Beim Schüler- und Azubi-Ticket sinken die Ticketpreise für alle in Berlin. Alle Kinder und Jugendlichen mit Berlin-Pass erhalten das Schülerticket in Zukunft kostenlos. Im Doppelhaushalt stehen dazu 71,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Verkehrssicherheit

Damit es in Berlin weniger Unfälle auf den Straßen gibt, haben wir die ersten unfallträchtigen Kreuzungen schnell entschärft. Die Kreuzung Tempelhofer Damm – A100 wurde umgebaut und hat einen Blitzer erhalten. Am Unfallschwerpunkt Wolfensteindamm/Birkbuschstraße werden querende Radfahrer*innen jetzt vollständig durch Ampeln abgesichert und eine Busspur wurde ergänzt. So kommen wir unserem Ziel, der Vision Zero (einem Verkehr ohne Tote und Schwerverletzte) ein Stück näher. Für den Umbau

weiterer gefährlicher Kreuzungen haben wir die Finanzmittel aufgestockt. Im Doppelhaushalt 18/19 haben wir zudem zusätzliche Gelder für mehr Zebrastreifen und andere Querungshilfen für Fußgänger eingestellt. Der Etat sieht auch weitere Mittel für automatische Verkehrsüberwachungskameras (Blitzer) vor, um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen (2,3 Millionen Euro).

Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger

Wir machen die Berliner Fußwege sicherer und barrierefreier. Im Doppelhaushalt 2018/19 stellen wir dazu zwölf Millionen Euro für die Sanierung der Bürgersteige zur Verfügung. Stolperfallen sollen der Vergangenheit angehören und auch alle mit Rollstuhl oder Kinderwagen besser von A nach B kommen.

Die Tram kommt in Fahrt

Schon bald können mehr Berliner*innen die Straßenbahn nutzen und so zum Schutz des Klimas beitragen, denn wir nehmen den Ausbau neuer Strecken dieses kostengünstigen und effizienten Verkehrsmittels ernsthaft in Angriff. Zurzeit laufen die letzten Vorbereitungen für die Strecken Turmstraße, Adlershof und Ostkreuz sowie die Beteiligungsrunden in Mahlsdorf. Das Planfeststellungsverfahren für die Strecke zur Turmstraße, als erste von drei Strecken, hat bereits begonnen.

Die grüne Wohnungs- und Mietenpolitik: bezahlbar und ökologisch

Neubau von bezahlbaren Wohnungen

Wir stellen für das Neubauprogramm insgesamt 572 Millionen Euro zur Verfügung. Das reicht für 8.000 Wohnungen und ist mehr als doppelt so viel wie unter der schwarz-roten Koalition. Hinzu kommt das Neubauprogramm der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Mit etwa 320 Wohnungsneubauvorhaben sollen bis 2021 weitere 36.000 Wohnungen fertiggestellt werden. Wir investieren auch gezielt in den Bau von preiswertem Wohnraum. Hierfür bekommen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften landeseigene Grundstücke, statt sie wie in den vergangenen 20 Jahren zu privatisieren. So sollen bis 2021 insgesamt 50.000 neue landeseigene und gemeinwohlorientierte Wohnungen entstehen. Dafür wird es aber nötig sein, den Anteil preisgebundenen Wohnraums auf diesen Flächen zu erhöhen.

Günstige Mieten für Berlinerinnen und Berliner mit wenig Geld

Mit der Neufassung der Ausführungsvorschrift Wohnen heben wir ab 2018 die Richtsätze für die Übernahme von Mieten an

und schützen 86.000 Bedarfsgemeinschaften in Berlin direkt vor unnötigen Umzügen. In einem ersten Schritt haben wir die jährlich mögliche Mieterhöhung in Sozialwohnungen ausgesetzt. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind seit 2017 in einer neuen Kooperationsvereinbarung verpflichtet, mehr Wohnraum für Personen mit Wohnberechtigungsschein zur Verfügung zu stellen. Bei Mieterhöhungen in den Beständen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben wir die mögliche Höhe deutlich reduziert. Die Anstalt öffentlichen Rechts Wohnraumversorgung Berlin, die die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kontrollieren und aktiv begleiten soll, wird ebenso ab 2018 finanziell und personell gestärkt.

Förderung von Genossenschaften

Genossenschaften sind ein Pfeiler der sozialen Wohnungspolitik. Mit dem Doppelhaushalt 18/19 stellen wir ihnen 20 Millionen Euro zur Verfügung. Damit unterstützen wir auch neu gegründete Genossenschaften beim Neubau von dringend benötigten Wohnungen. Genossenschaften haben auf dem Wohnungsmarkt den Vorteil, dass sie Gewinne nicht privatisieren, sondern in günstige Mieten oder weiteren Wohnungsbau investieren können.

Kostenlose Mieterberatung

Wenn Eigentümer die Mieten erhöhen wollen, sind nicht nur, aber insbesondere Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen oft in ihrer Existenz bedroht. Mieterberatungen sind dann oft die

letzte Rettung, aber wer mit wenig Geld auskommen muss, kann sich selten eine professionelle Beratung durch Kanzleien oder eine Mitgliedschaft in einer Mieterorganisation leisten. Um diese Beratungslücke zu schließen, hat Rot-Rot-Grün im Abgeordnetenhaus beschlossen, dass in allen Bezirken offene Mieterberatungen eingerichtet werden (Kosten je Bezirk: 200.000 Euro im Doppelhaushalt).

Förderung von Häusern aus Holz

Wir wollen, dass insbesondere öffentliche Gebäude wie Schulen, Turnhallen und Kindergärten, aber auch Mehrfamilienhäuser, künftig häufiger in Holzbauweise errichtet werden. Diese ist ökologisch, nachhaltig und besonders schnell zu realisieren. Zur Förderung hat Berlin erstmals Gelder in einen Haushalt eingestellt (100.000 Euro).

Schutz vor Kündigungen

Mit der Bundesratsinitiative zur Verbesserung des Mieterschutzes bei Mietrückständen von April 2017 wollen wir Mieterinnen und Mieter entsprechend besser schützen.

Asbest-Sanierung

Rot-Rot-Grün hat sich zum Ziel gemacht, dass unsere Stadt bis 2030 asbestfrei wird. Das gehen wir mit einer Beratung für Betroffene und Eigentümer*innen an, für die wir 300.000 Euro bereitstellen.

Mehr Sicherheit für die Hauptstadt

Funktionierender Rechtsstaat

Nachdem die Berliner Justiz viel zu lange auf Verschleiß gefahren wurde, setzt der Senat nun auf eine Stärkung und Modernisierung. Mit insgesamt 243 zusätzlichen Stellen in der Justiz steht Berlin vor der größten personellen Verstärkung seit 25 Jahren. Damit werden unter anderem die Verwaltungsgerichte gestärkt, um die vielen Asylverfahren bewältigen zu können und die Personalausstattung der Justizvollzugsanstalten verbessert. Einen zusätzlichen Schwerpunkt setzen wir bei der Bekämpfung der organisierten Wirtschaftskriminalität mit einer schlagkräftigen Vermögensabschöpfung bei Hatecrime und Pflegebetrug. Zudem ist im Doppelhaushalt ein weiterer Ausbau der Ausbildungskapazitäten vorgesehen. Auch die bauliche wie persönliche Sicherheitsausrüstung an den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden wird endlich verstärkt. Im Justizvollzug legen wir den Grundstein für einen modernen Resozialisierungsvollzug. So weiten wir unter anderem das Modellprojekt Resozialisierung durch Digitalisierung aus.

Polizeibeauftragter

Der oder die Bürgerbeauftragte des Landes Berlin und Beauftragte für die Landespolizei soll nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz

eingerrichtet werden. Ziel ist es, die Bürgerrechte und die Akzeptanz polizeilichen Handelns zu stärken. Für eine effektive Aufgabenerfüllung wird die Koalition die oder den Beauftragten mit den nötigen Befugnissen, u.a. umfassenden gesetzlichen Einsichtsrechten sowie dem erforderlichen Personal, ausstatten (200.000 Euro im Doppelhaushalt).

Vielfalt und Freiheit genießen

Ausbau der Arbeit gegen Rechts, gegen Hass und Ausgrenzung

Die Landesantidiskriminierungsstelle wird nach dem Wechsel von der Integrations- in die grüne Justizverwaltung gestärkt. Mit dem Doppelhaushalt 18/19 erhält sie fünf zusätzliche Stellen und mehr Geld zum Ausbau der Antidiskriminierungsarbeit. Besonders wichtig ist uns die Bekämpfung des erstarkenden Antisemitismus, insbesondere an den Berliner Schulen. Das „Landesprogramm Demokratie. Vielfalt. Respekt“ wird ebenso verstärkt wie die „Initiative sexuelle Vielfalt“. Berlin erhält erstmals eine Fachstelle für Trans*/Inter*-Beratung sowie eine Fachstelle für queere Bildung. Der Opferschutz für LSBTIQ* wird ausgebaut und dem steigenden Bedarf angepasst.

Verbesserung des Opferschutzes

Opfer von Verbrechen müssen oftmals schwere Stunden im Prozess noch einmal durchleben. Mit dem Berliner Ausführungsgesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren, das im März 2017 in Kraft getreten ist, haben wir dafür gesorgt, dass die Opfer dabei besser professionell begleitet werden. In Reaktion auf den Anschlag vom Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 baut die Senatsverwaltung für Justiz eine zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von terroristischen Anschlägen und Großschadensereignissen auf.

Besser versorgt rund um die Geburt

Unsere Beharrlichkeit in den Haushaltsberatungen hat sich ausgezahlt: Zusätzlich finanziert werden ein Projekt zur Nachsorge von Frühgeborenen (140.000 Euro) sowie die Etablierung von Babylotsen an allen Berliner Geburtskliniken (2,25 Millionen Euro). Unser Ziel ist es, nicht nur die Kreißsäle besser auszustatten, sondern vor allem die Arbeitsbedingungen der Hebammen deutlich zu verbessern. Eine gute Versorgung rund um die Geburt ist in erster Linie eine Frage des Personals.

Frauen vor Gewalt schützen

Die rot-rot-grüne Koalition kann schon im ersten Jahr ihres Regierens wichtige Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen, die Frauen vor Gewalt schützen sollen. Gegenüber dem letzten

Doppelhaushalt gibt es im rot-rot-grünen Haushalt 2018/19 eine Steigerung der Ausgaben in Höhe von 27,5 Prozent. Damit werden 30 zusätzliche Frauenhausplätze geschaffen, wovon fünf für Frauen mit Handicap vorgesehen sind. Für die Koordinierung von ressortübergreifenden Aktivitäten, wie der integrierten Maßnahmenplanung gegen sexuelle Gewalt und der Umsetzung von WHO-Leitlinien, ist der Einsatz von qualifizierten Fachfrauen gesichert. Weil Übergriffe im Internet ebenso zerstörerisch wirken wie physische Gewalt, wird es künftig eine stabile frauenspezifische Beratung geben. Damit werden Prävention, Aufklärung, Opferschutz und Strafverfolgung besser verzahnt. Mit der Einrichtung des Runden Tisches Sexarbeit wollen wir die Rechte und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern im Land Berlin verbessern.

Stärkung des Tierschutzes

Ein besserer Tierschutz braucht auch in Berlin eine Person, die sich Tag für Tag darum kümmern kann. Unsere Stadt hat dafür seit Juni 2017 mit Diana Plange eine Tierschutzbeauftragte. Diese kümmert sich erstmals hauptamtlich um dieses wichtige Thema. So hat der Senat im September 2017 auf grünen Vorschlag beschlossen, dass die Vorschriften zur Haltung von Schweinen überprüft werden. Die wird nun das Bundesverfassungsgericht im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle in Angriff nehmen. Unser Ziel ist es, dass in Sachen Tierschutz und Schweinehaltung Berlin einen großen Schritt nach vorn macht – mit Perspektive auf die ganze Republik. Zudem wollen wir es anerkannten Tierschutzorganisationen ermöglichen, Verstöße gegen das Tierschutzrecht vor den Berliner Gerichten geltend zu machen.

Aufarbeitung der SED-Diktatur

Einen Schlusstrich bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur wird es mit uns Grünen nicht geben. Schließlich haben wir unsere Wurzeln auch in der Bürgerrechtsbewegung der DDR. Auf unsere Initiative hat Rot-Rot-Grün die Aufgaben und Zuständigkeiten des vormaligen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen erweitert. Wir freuen uns, dass Berlin seit November mit Tom Sello einen Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bekommen hat, der sich schon in der DDR für Demokratie und Umweltschutz einsetzte. Mit einem Antrag zur Rehabilitierung für in der DDR erlittene Verfolgung und Benachteiligung sowie der Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrats, haben wir gezeigt, dass die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und des Stasi-Unrechts für uns noch nicht abgeschlossen ist.

Moderne Drogenpolitik

Die grüne Regierungsbeteiligung macht den Unterschied. Mit den zusätzlichen Mitteln im Doppelhaushalt 18/19 für Drug-Checking (150.000 Euro), für das Projekt der kontrollierten Cannabis-Abgabe (300.000 Euro) sowie der Erweiterung der Drogenkonsumräume können wir konsumbedingte Gesundheitsgefahren mindern und eine bessere Beratung und Suchthilfe anbieten.

Soziale Gerechtigkeit: So unterstützen wir alle mit geringem Einkommen

Armut bekämpfen

Für die Bekämpfung von Armut in unserer Stadt haben wir im Doppelhaushalt 2018/19 ganz besonders gekämpft und gehen dies mit einer langfristigen Strategie an. Es ist uns gelungen, die Einführung einer Armuts- und Sozialberichterstattung sicherzustellen. Diese soll Daten und Fakten zur sozialen Situation in Berlin liefern, damit wir passgenaue Hilfestellungen anbieten können. Ein zentraler Baustein ist dabei eine gute Beratungsstruktur: Die bezirklichen Schuldner- und Insolvenzberatungen konnten im Haushalt mit 4,6 Millionen Euro gestärkt werden.

Wohnungslose und obdachlose Menschen in Berlin

Die Zahl der Menschen, die in Berlin obdachlos sind und auf der Straße leben, wächst immer mehr. Darum haben wir uns im letzten Jahr besonders für die Ärmsten der Armen stark gemacht. Mit einer grünen Initiative forderten wir 2017, dass das Angebot zur hygienischen und medizinischen Versorgung für die Menschen auf der Straße verbessert wird: Für die Modellprojekte „Duschbus“ und

Krankenheilwohnung für Obdachlose stehen im Doppelhaushalt 2,25 Millionen Euro bereit. Außerdem konnten wir erreichen, dass die Kältehilfe aufgestockt und jedes Jahr um zwei Monate verlängert wird (1,02 Millionen Euro). Zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit konnten wir die bezirklichen sozialen Wohnhilfen mit 2,4 Millionen Euro stärken.

Integration gelingt – Stärkung der freien Träger und des bürgerschaftlichen Engagements

Die Bewältigung der großen Zahl Geflüchteter hat gezeigt, dass wir uns in unserer Stadt auf eine sehr aktive Bürgerschaft verlassen können. Es war uns in den Haushaltsberatungen ein wichtiges Anliegen, diese Organisationen und Strukturen zu verfestigen und zu stärken. In allen Berliner Bezirken werden jetzt Freiwilligenagenturen etabliert (1,56 Millionen Euro). Hinzu kommen: Rechts- und Verfahrensberatung für Geflüchtete (160.000 Euro) sowie die Stärkung der psychosozialen Hilfen für politisch Verfolgte und die Verbesserung der Behandlung von Folteropfern (zusätzliche 600.000 Euro).

Wissenschaft, Forschung und Kultur

Hochschulverträge

Im Vertragszeitraum (2018 bis 2022) bekommen die Hochschulen knapp 650 Millionen Euro mehr. Im Jahr 2022 wird so das Gesamtvolumen auf 1,4 Milliarden Euro ansteigen, das bedeutet ein Plus von 221 Millionen Euro verglichen mit dem Stand 2017. Zudem soll die 3,5-prozentige Steigerung ab 2019 auch erstmals für die allgemeinen Zuschüsse für Investitionen gelten. Das war einer der wichtigsten grünen Schwerpunkte in der Wissenschaftspolitik bei den Koalitionsverhandlungen.

Freie Szene gestärkt

Wir haben dafür gesorgt, dass Berlins vielfältige und lebendige Freie Szene weiter gestärkt wird – finanziell und strukturell. Die entsprechenden Zuschüsse sind noch deutlicher als im Koalitionsvertrag ursprünglich vorgesehen. Gänzlich neu ist die erstmalige Förderung vom RADIALSYSTEM V (mit jeweils einer Million Euro in 2018 und 2019). Wir sichern dadurch die wichtige kulturelle Infrastruktur und erhöhen den Anteil der künstlerischen Produktionen und Aufführungen an diesem wunderbaren Ort. Davon profitieren insbesondere die freien Gruppen und Ensembles der Stadt – und natürlich das gesamte Berliner Publikum.

Kulturarbeit für, mit und von Geflüchteten

Integration ist ein Prozess, der einen langen Atem braucht. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, das erfolgreiche Integrationsprojekt Berlin Mondiale zu verstetigen. Dieses Netzwerk von Kultureinrichtungen und Unterkünften, das Kulturarbeit für, mit und von Geflüchteten organisiert, erhält nun 100.000 Euro mehr (jeweils in 2018 und 2019), als ursprünglich im Senatsentwurf vorgesehen.

Sport: mehr Geld für Breiten-, Leistungs- und Behindertensport

Förderung des Landessportbundes Berlin

Ein großer Erfolg der Haushaltsberatungen ist die Ausfinanzierung einer mehrjährigen Fördervereinbarung mit dem Landessportbund Berlin (LSB) zur Unterstützung des Breiten- und Leistungssports in Berlin (3 Millionen Euro). Damit erhält der LSB deutlich mehr Geld und damit Planungssicherheit. Dieser Globalsummenzuschuss wird aufgrund der stark gestiegenen Zahl von organisierten Sportlerinnen und Sportlern in der Stadt erhöht.

Gute Bildung: zufriedene Lehrerinnen, Eltern und Schüler

Qualitätspaket für gute Schulen

Erfolgreiche Programme wie School Turnarounds haben gezeigt wie es funktioniert: Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 bauen wir die bisherigen Unterstützungsinstrumente aus und bringen sie in die Fläche. Das hilft vor allem Brennpunktschulen und entlastet die Lehrkräfte. Hinzu kommt die Stärkung der regionalen Schulaufsicht und des Sprachenzentrums, der Ausbau von proSchul und den Fachcoaches. Wir geben auch zusätzliche Mittel in den Aufbau eines flächendeckenden Angebotes für Supervision, Einzelfallberatung und Schulberatung für das pädagogische Personal sowie für Schulleitungen.

Stärkung des Quereinstieges für Lehrkräfte in Kita und Schule

Mit einem vierwöchigen Crashkurs zur Vorbereitung und Qualifizierung für Lehrkräfte im Quereinstieg erleichtern wir den Einstieg in den Schulalltag. Mit Mentorenstunden, der Einrichtung von Ausbildungensnavigatoren an Schulen mit vielen auszubildenden Lehrkräften und einer Gewinnzulage an Schulen in schwieriger Lage

verbessern wir die Berliner Bildungslandschaft. Rot-Rot-Grün senkt zudem künftig die Unterrichtsverpflichtung für Quereinsteigende und verbessert somit die Qualität des Unterrichts.

Die Kleinsten sind für uns die Größten: Kinder und ihre Familien

Bessere Kitas und Unterstützung für Eltern

Ab 2018 haben alle Kinder ab dem 2. Lebensjahr einen gesetzlichen Anspruch auf einen Teilzeitplatz (bis zu 7 Stunden) in der Kita. Die Bedarfsprüfung nach dem dritten Lebensjahr fällt weg. Das bedeutet deutlich weniger Bürokratie für Eltern und Ämter. Der Personalschlüssel für Kita-Leitungen wird deutlich erhöht, sodass eine volle Leitungsstelle nun bereits ab 90 Kindern freigestellt wird.

Wir investieren in Fachkräfte

Neben dem Platzausbau ist aber insbesondere der Fachkräftemangel ein großes Problem. Wir wollen zukünftigen Erzieher*innen

den Weg in den Kita-Alltag erleichtern und erhöhen die Anlei- tungsstunden auf insgesamt 6 Wochenstunden in den drei Ausbil- dungs Jahren – auch für die, die sich bereits in der Ausbildung be- finden. Rot-Rot-Grün geht den Fachkräftemangel an und hat durch die Überarbeitung des KitaFöG bereits die Grundlagen geschaffen.

Digital ist besser: moderne Schulen und Verwaltung für die Bezirke

Wir wissen, dass die funktionierende Stadt die große Heraus- forderung ist, vor der Berlin steht. Wir wissen um die großen Aufgaben, vor denen insbesondere die Bezirke stehen und wollen sie dabei als Land unterstützen, damit Berlin endlich eine starke und moderne Verwaltung bekommt, die flexibel auf kurzfristige Anforderungen reagieren kann.

Personal

Nach Jahren und Jahrzehnten des Kaputt-Kürzens der Verwaltung haben wir beim Personal die Trendumkehr geschafft: Für den Bereich der Hauptverwaltung auf Landesebene haben wir für

das Haushaltsjahr 2018 rund 3.500 zusätzliche Stellen und Beschäftigungspositionen, für 2019 weitere 1.750 eingeplant und finanziert. Die Berliner Bezirke bekommen zusätzliche Personalmittel in Höhe von 60 Millionen Euro für beide Jahre zur Verfügung gestellt, um den gestiegenen Personalbedarf zu finanzieren.

Servicecenter Volkshochschule

Wir haben dafür gesorgt, dass Berlins Volkshochschulen ihr Servicecenter-Konzept schon in den nächsten zwei Haushaltsjahren realisieren können und nehmen dafür 2018 und 2019 jeweils 2 Millionen Euro in die Hand. Damit erhöhen wir den Kundenservice, sichern die Angebotsqualität und schaffen Synergien für eine moderne Erwachsenenbildung in Berlin.

Digitalisierung

Zum flächendeckenden Ausbau der IT-Betreuung an den Berliner Schulen stehen im Doppelhaushalt zusätzlich 10 Millionen Euro bereit. Damit müssen sich Lehrkräfte nicht mehr um Computerprobleme kümmern, sondern haben mehr Zeit und Ressourcen für die Konzeptionierung von e-Education im Unterricht.

Four more years: Die erreichten Erfolge sind erst der Anfang



In den ersten zwölf Monaten Rot-Rot-Grün haben wir noch nicht alles, aber schon vieles erreicht. Die Bilanz des ersten Jahres kann sich – insbesondere mit Blick auf die vergangenen Jahre und Jahrzehnte – sehen lassen.

Wir wollen Berlin aber auch in den kommenden Jahren voranbringen, damit unsere Stadt noch besser funktioniert und ökologischer, gerechter und weltoffener wird.

Wir freuen uns auf Anregungen und laden Sie und Euch herzlich ein, uns im Abgeordnetenhaus zu besuchen oder direkt mit uns ins Gespräch zu kommen.

Impressum

Herausgeberin

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

gruene@gruene-fraktion-berlin.de
www.gruene-fraktion.berlin
twitter.com/GrueneFraktionB

V.i.S.d.P. Ivonne Straka

Gestaltung Claudia Symank

Redaktionsschluss Dezember 2017

1. Auflage: 1.500 Stück

Diese Publikation ist kostenlos und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Klimaneutral, mit Bio-Farben und 100 % Ökostrom hergestellt.
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier (ausgezeichnet mit dem Blauen Engel).

